



AKSH-Jahrestagung 16. – 18. Januar 2026 in Berlin:

Religion und Gesellschaft im Wandel

Zur Jahrestagung des AKSH sind alle Säkularen und Humanisten in der SPD im Januar nach Berlin eingeladen. Den Auftakt des dreitägigen Treffens bildet ein Treffen in der SPD-Fraktion im Bundestag auf Einladung von Kathrin Michel, MdB, der Fraktionssprecherin für Säkularität und Humanismus. In der Diskussion mit unseren Abgeordneten und Gästen aus anderen Fraktionen wollen wir eine neue Initiative zur Beendigung der Staatsleistungen anregen, um den seit über 100 Jahren nicht erledigten Verfassungsauftrag endlich zu lösen. Außerdem soll es um die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch interreligiösen Dialog gehen.

In Plenardebatten und Workshops befassen wir uns dann am Wochenende im Willy-Brandt-Haus mit der Entwicklung der Religionszugehörigkeit in der Welt, dem weltanschaulichen Wandel in den deutschen Bildungseinrichtungen, Staatsleistungen, Suizidhilfe, dem kirchlichen Arbeitsrecht, weltlicher Lebensberatung und dem politischen Islam. Nach der Bestätigung unseres AKSH durch den Parteivorstand stehen auch wieder Vorstandswahlen auf der Tagesordnung.

Weitere Informationen und das Programm stehen auf der Website aksh.spd.de/termine.

Anmeldung zur Tagung bitte an aksh@spd.de



Säkulare Politik mit Schwarz-Rot

Unter der Schirmherrschaft von Kathrin Michel, SPD-Fraktionssprecherin für Säkularität und Humanismus, lud der Zentralrat der Konfessionsfreien in den Kaisersaal der Deutschen



Auf dem Podium von links: Philipp Möller, Kathrin Michel MdB, Prof. Dr. Horst Dreier, Ali Ertan Toprak, Norbert Altenkamp MdB, Carmen Wegge MdB.

Foto: Philip Schunke

Parlamentarischen Gesellschaft ein. Als Vorsitzender des Zentralrats moderierte Philipp Möller den Abend und mahnte die weltanschauliche Neutralität des Staates an, die als zentrales Verfassungsprinzip in der Realität noch nicht überall angekommen sei. Er plädierte für den Abbau der Kirchenprivilegien und kritisierte die Neigung, Privilegien der anderen Religionsgesellschaften anzuheben, um sie den Kirchen gleichzustellen.

Der Verfassungsrechtler Horst Dreier (Autor von „Staat ohne Gott“, s. Buchtipps) verwies darauf, dass Mitte der 60er-Jahre noch rund 95 Prozent in Deutschland einer der beiden großen Kirchen angehörte. Diese Selbstverständlichkeit sei

weggebrochen und die Konfliktfelder zwischen den verschiedensten Glaubensrichtungen hätten sich verschärft. Der Staat müsse in Weltanschauungsfragen Neutralität bewahren, denn nur so könne eine friedliche Koexistenz gelingen. Auch der gerade neu gewählte Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Altenkamp, war der Einladung zum Parlamentarischen Abend gefolgt und zeigte sich gesprächsbereit, auch wenn er davor warnte, angesichts der Bevölkerungsentwicklung Veränderungen disruptiv herbeizuführen. Er sei beispielsweise nicht bereit „aus Angst vor dem Islam“ auf schulischen Religionsunterricht für seine Kinder zu verzichten.

Kritik an der deutschen Islamkonferenz übte Ali Ertan Toprak (CDU), der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde Deutschlands. Der Dialog sei in diesem Gremium überwiegend mit den Vertretern des politischen Islam geführt worden. Eine Horrorvorstellung für die 80 % säkularen oder liberalen Menschen, wenn diese Minderheiten die gleichen Privilegien erhielten wie die Kirchen. Ohne eine echte Säkularität könnte eine multiethische Gesellschaft nicht funktionieren. Angesichts der schwierigen Position in der Koalition mit den Unionsparteien und nachdem auch die Ampelkoalition keine Erfolge bei der Abschaffung des Kirchlichen Sonderarbeitsrechts und des § 218 erzielen konnte, kündigte Ingrid Matthäus-Maier im letzten Redebeitrag aus dem Plenum an: „Wir werden weiter kämpfen müssen!“ Dem stimmte die Vorsitzenden des AKSH, Carmen Wegge MdB „aus vollem Herzen zu“. Sie habe sich sehr gefreut, „Teil dieses historischen Moments in der Parlamentarischen Gesellschaft gewesen zu sein. Als Arbeitskreis in der SPD sind wir den säkularen Wurzeln der SPD in der Tradition der Weimarer Republik verpflichtet.“

Norbert Reitz

Link zum: [Impulsbeitrag von Philipp Möller, Vorsitzender des Zentralrats der Konfessionsfreien, in dem er zu Beginn die wesentlichen Grundsätze säkularer Politik zusammenfasste!](#)



Die Netzwerke der Muslimbrüder

Mit Agenda, Strukturen und politische Antworten befasste sich der Arbeitskreis politischer Islam (Polis) auf Einladung unseres Arbeitskreises Säkularität und Humanismus im Willy-Brandt-Haus. Eindrucksvoll informierte die Autorin des französischen Sachbuch-Bestsellers »Kalifat nach Plan. Frérismus und seine Netzwerke in Europa«, Dr. Florence Bergeaud-Blackle, über Strategien der Muslimbrüder. (s. Buchtipp).

Ausführlicher Bericht auf: <https://www.ak-polis.de/wbh-muslimbruderschaft/>



Österreich verbietet Kinderkopftuch

„In Österreich soll jedes Mädchen frei, selbstbestimmt und sichtbar aufwachsen können – ohne Zwang, ohne Angst und vor allem ohne vorgeschrriebene Rolle. Wenn kleine Mädchen verschleiert werden, wenn sie durch patriarchale Zwänge und falsche Ehrvorstellungen in ihrer Entwicklung behindert werden, dann können und dürfen wir nicht wegsehen“, sagte Integrationsministerin Claudia Plakolm bei einer Pressekonferenz zu den Begleitmaßnahmen zum Kinderkopftuchverbot. Das Kopftuch sei ein Symbol der Unterdrückung, hielt Plakolm fest. Unsere Aufgabe als Staat ist hier klar: Wir müssen Kinder und ganz besonders Mädchen vor diesen Strukturen schützen, damit sie sich frei entwickeln können. Mit Begleitmaßnahmen sollen tief verankerte kulturelle und familiäre Zwänge durchbrochen werden. Unter anderem sollen Familien dabei unterstützt werden, ihren Kindern österreichische Werte vorzuleben.



Säkulare Deutsch-Arabische Schule Berlin

Am 12. November 2025 tagte der Arbeitskreis Säkularität und Humanismus der Berliner SPD in den Räumen der ersten und einzigen „säkularen Deutsch-Arabischen Sprachschule Ibn Khaldun“ in der Hauptstadt. Leiter ist der irakische Arzt Dr. Hudhaifa Al Mashhadani. Er ist auch Mitglied unserer Partei. Seine Schule ist ein einzigartiges Projekt. Hier lernen jedes Wochenende über 700 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 16 Jahren im Schichtbetrieb – je nach ihren Wünschen – Deutsch, Arabisch, Hebräisch und Kurdisch. Da die Schule frei von jeglicher Religion oder Ideologie ist, müssen die Bücher in Paris gedruckt werden. In Deutschland sind entsprechende Lehrwerke immer mit Koranversen durchsetzt. Die Schule erhält keine staatliche Förderung. Das Schulgeld beträgt 30 € pro Schüler im Monat. Und die Schule ist offen für alle. Es lernen also auch Kinder mit jüdischem oder christlichem Hintergrund zusammen mit Schülern aus muslimischen oder atheistischen Elternhäusern. Und sie genießen nicht zuletzt die freie Atmosphäre – ohne Kopftuch.

Dr. Hudhaifa berichtet, dass die Schule erstmals 1974 im damaligen Westberlin von seinem Vater gegründet wurde. Wegen mangelnder Nachfrage und anderen Problemen war sie von 1997 bis 2020 geschlossen. Seit ihrer Wiedereröffnung gibt es einen regelrechten Run auf diese Bildungseinrichtung. Denn immerhin leben in Berlin mittlerweile etwa 200.000 Menschen mit arabischem und 30.000 Menschen mit palästinensischem Hintergrund. Hudhaifa selbst saß von 2013 bis 2015 in einem geheimen Gefängnis der schiitischen Milizen im Irak und wurde gefoltert. Nach seiner Befreiung kam er über das kurdische Erbil in die USA und studiert dort Politikwissenschaften. Mittlerweile ist er auch Generalsekretär des Deutsch-Arabischen Rates.

Die Schule setzt sich klar für mehr Demokratie und gegen Extremismus und Antisemitismus ein. Eine Haltung, die sie zum Ziel für Extremisten macht. Seit dem Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist die Schule immer wieder angegriffen worden. Steine flogen in die Klassenzimmer, die Wände wurden mit Parolen und Hamas-Symbolen beschmiert. Hudhaifa Al-Mashhadani wurde persönlich bedroht. Seit Monaten schützen Polizisten das Gebäude, damit die Kinder und Jugendlichen weiter sicher lernen können.

Trotz dieser schwierigen Lage ist die Nachfrage nach Plätzen an der Ibn-Khaldun-Schule in der arabischen Community sehr groß. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich im Laufe des letzten Jahres fast verdoppelt. 400 Kinder stehen auf der Warteliste. Erst vor kurzem sind 73 Mädchen im Alter von 9 bis 13 Jahren dazu gekommen, weil man sie in der Koranschule von einem Tag auf den anderen gezwungen hatte, sich ein Kopftuch aufzusetzen. „Ich freue mich, dass das Angebot so gut angenommen wird“, sagte Hudhaifa. „Je mehr säkulare Räume wir schaffen, desto weniger Zulauf haben die ideologisierenden Angebote.“ Seit die Schule ihre Arbeit aufgenommen hat, wurden in der Nähe drei Koranschulen, an denen der Unterricht mit religiöser Lehre vermischt ist, geschlossen.

Unterschiede müssen zur Normalität werden

Unter der Woche finden in den Räumen verschiedene Begegnungs-Projekte statt. So hat zum Beispiel Jeremy Borovitz, Rabbiner bei Hilal Deutschland, auch schon mit jungen muslimischen und jüdischen Menschen Müll am Landwehrkanal gesammelt. „Unser Ziel ist eine bessere Welt“, sagte Hudhaifa. Diese Projekte seien enorm wichtig, betonte er. „Kinder und Jugendliche müssen sich begegnen dürfen, es muss auch für arabische Jugendliche normal sein, jemanden mit einer Kippa zu treffen“. Und voller Stolz berichtete er, dass ein Elternbeirat mittlerweile 2000 Mitglieder habe – Tendenz stark steigend. Für sein großartiges Engagement wurde Dr. Hudhaifa erst vor wenigen Tagen mit dem renommierten Berlin-Brandenburgischen Preis des „Bandes für Mut und Verständigung“ ausgezeichnet. Die Urkunde erhielt Hudhaifa persönlich aus den Händen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Kai Wegner.

Dr. Bruno Osuch



„Islamismus im Umbruch“

Vor einer wachsenden Gefahr des Islamismus warnte der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) beim Forum Innere Sicherheit, das vom RLP-Verfassungsschutz zum dritten Mal organisiert wurde. „Islamismus bleibt ein Thema von Kontinuität und hoher Aktualität. Fanatismus, Menschenverachtung und der gezielte Missbrauch junger Menschen durch islamistische Ideologien sind eine reale Gefahr, nicht nur in fernen Konfliktregionen, sondern mitten in unserer Gesellschaft“, so Ebling. Dabei entstehe eine „gefährliche Parallelwelt“, Islamisten versuchen gezielt, junge Menschen zu beeinflussen, indem sie soziale Medien und jugendgerechte Kommunikationsformen nutzen. In Rheinland-Pfalz geraten laut Ebling immer wieder auch Minderjährige in den Fokus der Sicherheitsbehörden, die sich über das Internet radikalisiert haben. Das zeige, dass „wir dort ansetzen müssen, wo Radikalisierung entsteht, in Köpfen, Netzwerken und digitalen Räumen“.

<https://www.ak-polis.de/forum-innere-sicherheit-2025-islamismus-im-umbruch/>



Mit Härte gegen islamistische Strukturen

„Mit dem vollstreckten Verbot von Muslim Interaktiv haben unsere Sicherheitsbehörden eine gefährliche und sehr aktive islamistische Gruppierung ausgeschaltet,“ erklärte Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD). „Wie schon beim Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg vor einem Jahr, wurde auch der Schlag gegen den modernen TikTok-Islamismus von Muslim Interaktiv durch die jahrelange und intensive Arbeit unseres Hamburger Verfassungsschutzes ermöglicht. Das Verbot zeigt, dass wir gerade hier in Hamburg mit aller Härte und Konsequenz gegen islamistische Strukturen vorgehen. Und das werden wir auch in Zukunft tun. Das ist unsere Botschaft an alle, die die Religion missbrauchen, um unsere demokratischen freiheitlichen Werte zu bekämpfen und insbesondere die muslimische Bevölkerung zu spalten.“



Konfessionsfreie bei den Einheitsfeiern in Saarbrücken



Der Zentralrat der Konfessionsfreien präsentierte sich mit einem breit gefächerten Informationsangebot auf dem Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Saarbrücken. Werner Röhrig, Ansprechpartner des AKSH im Saarland besuchte den Stand am 3. Oktober 2025.

Im Gespräch äußerten sich der Zentralrats-Vorsitzende Philipp Möller (links) und sein Team sehr erfreut über die Resonanz des Publikums. Die weit überwiegende Mehrheit der Standbesucher*innen zeigte sich offen für Kernforderungen des Zentralrats zur Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung staatlicher Leistungen an die Kirchen, gemeinsamen Ethikunterricht an Schulen und einer umfassenden Modernisierung der Religionspolitik in Deutschland. „Auch im Saarland ist es dringend geboten, dem wachsenden Anteil Konfessionsfreier in der Gesellschaft mehr Sichtbarkeit und eine Stimme zu verleihen,“ betonte Werner Röhrig.

Buchtipps



Kalifat nach Plan

Férismus und seine Netzwerke in Europa

Dr. Florence Bergeaud-Blackle

Aus der Reihe INÂRAH Monografien. Schriften zur Islamgeschichte und zum Koran
Band 4, 424 Seiten - 2025 | 1. Auflage, Schiler & Mücke (Verlag)

978-3-89930-465-7

28,00 €



Staat ohne Gott

Religion in der säkulararen Moderne

Horst Dreier

Buch (gebunden) 26,95 € inkl. MwSt. -eBook epub 19,99 €

(Edition der Bundeszentrale für politische Bildung – 5,00 €)

Staat ohne Gott ist keine Streitschrift, wohl aber eine streitbare Analyse. Die These von Horst Dreier lautet: In der modernen Demokratie darf sich der Staat mit keiner bestimmten Religion identifizieren, und heiße sie auch Christentum. Nur in einem

Staat ohne Gott können alle Bürger gemäß ihren durchaus unterschiedlichen religiösen oder sonstigen Überzeugungen in Freiheit leben. Staat ohne Gott heißt also nicht: Welt ohne Gott, auch nicht: Gesellschaft ohne Gott, und schon gar nicht: Mensch ohne Gott. Es heißt vielmehr, dass die Demokratie des Grundgesetzes mit jeder Form eines Gottesstaates, einer Theokratie, einer sakralen Ordnung oder eines christlichen Staates gänzlich unvereinbar ist. Die Entwicklung Deutschlands hin zu einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft hat neue Konfliktfelder zwischen den Anhängern verschiedener Glaubensrichtungen sowie zwischen ihnen und der Staatsgewalt entstehen lassen. Gerade angesichts der intensiv geführten Debatte um den Zusammenprall der Kulturen und die Herausforderung freiheitlicher westlicher Gesellschaften durch den Islam aber ist eine Besinnung auf die Grundstrukturen und Grundfragen des säkulararen Staates geboten - auf sein Programm, sein Profil, seine Problematik.



Videotipp

Der absurde Reichtum der Kirche

Dieses Video gibt einen aktualisierten Bericht über das Vermögen der katholischen Bistümer und evangelischen Landeskirchen in Deutschland. Der Bericht ist allerdings unvollständig, da nur die PHP-Informationen verwendet werden konnten, die von den Kirchen selbst veröffentlicht wurden.

Weitergabe des Newsletters an Interessierte erlaubt und erwünscht!

Informationen auf unserer Website aksh.spd.de – bei Interesse [hier anmelden](#):

